

- PPP ist ein Irrweg -

PPP bzw. ÖPP: Rettung in höchster Not?

Durch eine langjährige verfehlte Steuerpolitik sind die Kommunen heute hoch verschuldet und kaum mehr handlungs- und investitionsfähig – bei einem gigantischen Investitionsbedarf in nahezu allen Bereichen, wie z.B. Schulen, Behörden, Verkehr, Wasserversorgung, Kanalisation.

Jetzt treten „Retter“ mit dem Zauberwörtern ÖPP oder PPP auf den Plan und versprechen, damit die Probleme ohne neue kommunale Schulden zu lösen – mit fatalen Folgen für uns alle!

Wir wollen wissen, was geschieht!

PPP bzw. ÖPP: was verbirgt sich eigentlich dahinter?

Bisher hat die öffentliche Hand den Bau oder die Sanierung z.B. eines Schulgebäudes geplant und finanziert.

Mit Public Privat Partnership (PPP), zu deutsch: Öffentlich Private Partnerschaft (ÖPP), übernimmt ein privater Investor Planung, Bau, und Finanzierung gleich mehrerer Schulen und betreibt die Gebäude über 20 oder 30 Jahre. Die Kommune zahlt Miete, wird also **vom Eigentümer zum Mieter**.

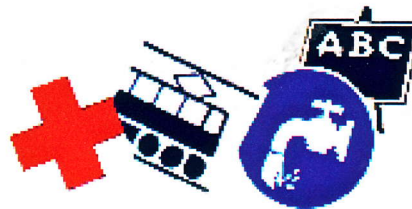
- Politik und Private plündern -

Ebenso funktioniert es mit Krankenhäusern, Gefängnissen, öffentlichen Gebäuden, Straßen, Tunneln, Rathäusern und Verwaltungsgebäuden.

Wenn die Kommunen kein Geld haben, ist das doch eine gute Lösung, oder?

Von privaten Beratern durchgeführte Wirtschaftlichkeitsvergleiche weisen Kosteneinsparungen von bis zu 25% aus.

Die Erfahrung mit allen bisher durchgeführten Projekten ist jedoch: Die „Effizienzvorteile“ sind Luftschlösser und alles wird sehr viel teurer als bei einer Finanzierung durch die öffentliche Hand. Ein drastisches Beispiel: die Berliner Wasserbetriebe (siehe www.berliner-wassertisch.net).



Muss denn ein PPP - Projekt immer teurer und ungünstiger sein?

Ja, muss es! Denn die privaten „Investoren“ nehmen auch nur Kredite auf, die sie zu schlechteren Bedingungen bekommen, als die Kommune.

Sie selbst investieren nur 10%, genau genommen sind sie also gar keine Investoren! Und genau diese erhöhten Kreditkosten, die Beraterhonorare, der Preis für den Wirtschaftlichkeitsvergleich u.v.m. fließen in die Mietkosten ein, die die Kommune zu zahlen hat. Sie bezahlt also Miete auf einen schlechteren Kredit, als sie selber haben könnte.

Und die Krönung: In der Regel muss die Kommune für diese (horrenden) Mietzahlungen auch noch einen Kredit aufnehmen, zahlt also doppelt Zinsen! Irgendwie irre, finden wir!



Aber es kann noch verrückter kommen:

Der „Investor“ verkauft seine Mietforderungen an eine Bank und erhält sofort seine „Investitionssumme“ aus dem 30-Jahre-Projekt bar auf die Hand. Das ist doch eine perfekte „Wertschöpfung“! Für den Investor! Die Zeche zahlen wir alle! Mit unseren Steuern! Nebenbei muss die Kommune dabei noch auf Ihr „Reklamationsrecht“ verzichten (Einredevorzicht), denn die Bank will natürlich nichts mit den Mängeln am Bau zu tun haben.

Aber die Privaten sind fein raus: haben unser Geld und können das ins nächste Projekt investieren oder auch einfach mal alles an die verdienten Manager/Unternehmer/Berater verteilen oder pleite gehen – wen kümmerts? Die Kommune sitzt mit den Mängeln am Bau alleine da!

Wer profitiert also davon?

Neben den Großkonzernen unter anderem Wirtschaftsprüfer, Anwaltskanzleien und Banken – alles global player, die überall grasen, wo es Profit gibt.



Da locken staatlich garantierte Gewinne ohne Risiko und ohne Konkurrenz, über Jahrzehnte geplant in der ach so „freien Marktwirtschaft“.

Neugierig geworden ?

Bei attac kann Jede und Jeder jederzeit mitmachen oder einfach mal reinschauen.

Jeden 2. und 4. Dienstag im Monat trifft sich die „attac AG Argumente“ im attacCafe.

Warum setzen sich die Politiker für solche Verträge ein?

Kommunen werden bewusst unter Sparzwang gesetzt und auch durch das gerade erlassene Schuldenbegrenzungsgesetz fühlen sich die Politiker in die Ecke gedrängt. Mit PPP ist scheinbar mit einem Schlag das gesamte Problem lösbar: die Miete ist zwar ein versteckter Kredit und damit Schulden, wird aber im Haushaltsplan nicht als solcher ausgewiesen – ein übler Trick. Eine mit PPP renovierte Schule scheint schöner und effizienter und die Parteien können sich die kurzfristige Ausgabenersparnis auf die Fahnen schreiben, mit denen sie in den kommenden Wahlkampf ziehen. Der Weg in die kommunale Schuldenfalle ist nur eine der negativen Spätfolgen von PPP. Und noch nicht einmal die schlimmste: denn PPP schadet unserer Demokratie!



Wieso schadet PPP unserer Demokratie?

Die Verträge sind immer geheim! Noch nie wurde in Deutschland ein PPP-Vertrag vollständig vor der Abstimmung den Abgeordneten vorgelegt. Die Abgeordneten müssen über Verträge abstimmen, die sie nicht kennen! Verrückt, oder?

Denn das öffentliche Interesse wird dem privaten Geheimhaltungsinteresse untergeordnet und damit wird die Demokratie ausgehöhlt!

Was wird der „Rest“ der Bevölkerung davon haben?

Nichts, denn das ganze läuft auf folgendes hinaus:

- * Ruin des Mittelstandes
- * Billiglöhne
- * Übernahme einer kaputten Infrastruktur nach Ablauf der PPP-Verträge.
- * wachsender Einfluss von Banken und Großkonzernen auf Schlüsselbereiche der Gesellschaft.

Öffentliche Güter gehören nicht in Privathand, wo sie der demokratischen Kontrolle durch die Bevölkerung entzogen sind! Denn die Demokratie hört bekanntlich am Fabriktor und am Bankeingang auf – also an der Tür zum Privatbesitz!

PPP ist...

- * Raub am Gemeineigentum
- * Ausverkauf der Zukunft
- * Bankrotterklärung der Politik

Wir fordern:

- * Höhere Besteuerung der Vermögenden, der Unternehmens- und Bankgewinne zugunsten der Kommunen!



- * Finanzierung öffentlicher Projekte durch günstige Kommunalkredite!
- * Kontrolle der öffentliche Güter durch die Kommunen!
- * Offenlegung der PPP-Verträge / keine weiteren Geheimverträge!
- * Stärkung der Prüfungsrechte der Rechnungshöfe!
- * Rücknahme der bisher beschlossenen PPP-Beschleunigungsgesetze!

Was kann jeder von uns tun?

- * Aufklärung betreiben: PPP-Skandale öffentlich machen!
- * Druck auf Abgeordnete ausüben (siehe auch: www.abgeordnetenwatch.de)
- * Parteien / Politiker nicht wählen, die PPP unterstützen
- * aktiv werden bei ppp-irrweg.de
- * Druck auf die Abgeordneten ausüben, damit die die PPP-freundlichen Gesetze wieder abschaffen.
- * Keine Parteien und Politiker wählen, die PPP unterstützen.

Empfohlene Links:

- * www.ppp-irrweg.de
- * www.attacberlin.de
- * www.attac.de
- * www.abgeordnetenwatch.de
- * www.who-owns-the-world.org
- * www.deinebahn.de
- * www.berliner-wassertisch.net
- * www.sozialforum-berlin.de